



Niederschrift

über die Sitzung

des Rechnungsprüfungsausschusses

am 29.04.2025

Anwesend

- Stellvertretender Vorsitz

Dr. Brian Huck

- Mitglieder

a) als gewählte Ratsmitglieder

Stefanie Gorges

Wolfgang Klee

Marita Boos-Waidosch

Torsten Rohe

Armin Schüler

Stellvertretung für Volker Hans

Stellvertretung für Tim Ott

b) nicht als Ratsmitglied

Andreas Michalewicz

Jacques Fritze

Martin Kinzelbach

Hans-Peter Rosenhayn

Prof. Dr. Gunnar Schwarting

Frank Senger

Stefan Hemschemeier

- Verwaltung

14 – Revisionsamt

Peter Huber, Reiner Kandel, Ralf Klomfaß

20 – Amt für Finanzen, Beteiligungen und Sport

Stefan Mossel

Dezernat II – Finanzen, Beteiligungen und Sport

Bürgermeister Günter Beck

- Gäste

Ursula Groden-Kranich MdB

- Schriftführung

Kamila Dobrowolska

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

a) als gewählte Ratsmitglieder

Beatrice Bednarz

Kathleen Herr

Tagessordnung

a) öffentlich

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Vorsitzes und gegebenenfalls der Stellvertretung
3. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 12. November.2024
5. Schluss- und Tätigkeitsbericht 2024 des Revisionsamtes
Vorlage: 0252/2025

b) nicht öffentlich

4. Haushaltsplanung und Prognosewerte

c) öffentlich

6. Eigene Prüfungen des Rechnungsprüfungsausschusses
7. Verschiedenes

öffentlich

Punkt 1 Eröffnung und Begrüßung

Der stellvertretende Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 16:33 Uhr, begrüßte die Mitglieder und stellte fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, die Unterlagen rechtzeitig versandt wurden und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Er fragte, ob es Ergänzungen oder Einwände gegen die Tagesordnung gibt. Herr Rohe beantragt den TOP 2 zu vertagen, da bezüglich des Vorsitizes fraktionsintern noch Beratungsbedarf besteht. Dem Antrag wurde einstimmig stattgegeben.

Auf Wunsch der Ausschussmitglieder wurden die Tagesordnungspunkte 4 und 5 getauscht, damit auch Herr Bürgermeister Beck auf die Fragen zum Schlussbericht antworten kann.

Herr Fritze und Frau Boos-Waidosch betreten um 16:40 Uhr den Raum.

Weitere Einwendungen gegen die Tagesordnung wurden nicht geltend gemacht. Sodann erfolgte der Eintritt in die Tagesordnung.

Punkt 2 Wahl des Vorsitizes und gegebenenfalls der Stellvertretung

vertagt

Punkt 3 Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 12. November.2024

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gab es keine Einwände und Änderungswünsche zur Niederschrift vom 12. November 2024. Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt und zur Kenntnis genommen.

Punkt 5 Schluss- und Tätigkeitsbericht 2024 des Revisionsamtes Vorlage: 0252/2025

Der Vorsitzende schlägt vor, die Fragen zu dem Bericht abschnittsweise zu stellen.

Baustellenkontrollen im Hinblick auf bautechnische Eingangsrechnungen und Projektlisten (Seiten 5 - 9)

Frau Groden-Kranich bedauert, dass dieses Thema vom Revisionsamt erwähnt werden muss, nach Ihrer Meinung muss die Baustellenkontrolle politisch aufgegriffen werden. Herr Senger fragt, ob die für 2025 angekündigte Ergebnisse der Asphalt- und Unterbauuntersuchung der schadhaften Stellen bereits vorliegen, Herr Huber verneint dies.

Erwerb Gebäude und Freifläche vom Landessportbund (Seiten 10 - 11)

Frau Groden-Kranich fragt, welche Maßnahmen vom Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Mainz vor der Beschlussfassung der Anschaffung durchgeführt wurden, Herr Huber antwortete, dass lediglich eine grobe Kostenschätzung vorlag. Herrn Dr. Huck interessiert, ob nicht erfolgte Käufe generell vom Revisionsamt geprüft werden. Nein, diese Prüfung wurde im Rahmen eines Sonderauftrags des Oberbürgermeisters im Hinblick auf den Stadtratsbeschluss gemeinsam mit dem Rechtsamt durchgeführt.

Zuwendung an Förderverein der Mainzer Bürgerhäuser e. V. (Seiten 12 - 13)

Herr Senger fragt die Vertreter des 14 - Revisionsamtes, ob die Mietpreise bei den Bürgerhäusern angepasst werden sollten und der Verein das geeignete Gremium ist, um zu urteilen, wer die Zuschüsse erhält. Weiterhin möchte er wissen, wie hoch die Rückforderung sowie die Zinsen sind. Herr Huber antwortet, dass der Stadtrat das Gremium ist, um über die Zuschüsse zu entscheiden. Die Rückforderung der nicht verbrauchten Mittel des Jahres 2023 beläuft sich auf knapp 35.000 € plus Zinsen.

Verwaltungsverfahren bei der Sportverwaltung des Amtes 20 (Seiten 13 - 15)

Herr Schwarting hält fest, dass zu diesem Thema Nacharbeiten vom Amt 20 nötig sind. Zuwendungen für investive Maßnahmen müssen zweckgebunden erfolgen, damit der beabsichtigte Verwendungszweck für die Dauer der Zweckbindung gewährt wird. Herr Rosenhayn fragt, ob die Verwendungsnachweise wirklich dem Revisionsamt nicht zur Prüfung vorgelegt worden sind. Herr Mossel gibt zu verstehen, dass grundsätzlich Investitionszuschüsse mit einer Zweckbindungsfrist versehen und als immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert werden, dass es bei den beanstandeten Vorgängen sich aber nach Meinung von Amt 20 meist um konsumtive Zuschüsse handelt und diese daher auch nicht aktiviert wurden. Dass im Einzelfall auch einmal ein Vorgang durchgerutscht ist, kann nicht ausgeschlossen werden.

Zweckvereinbarung über die Zentrale Bußgeldstelle bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen (Seiten 15 - 16)

Wäre eine zentrale Bußgeldstelle bei der Stadt Mainz denkbar und sinnvoll, möchte Herr Schwarting wissen. Zwar werde einheitlich auf dem Gesetz für Ordnungswidrigkeiten aufgebaut, die Sachverhalte wie die Zuständigkeiten unterscheiden sich jedoch stark. Beispiele: Bußgeldfestsetzungen zum Umweltbereich (wie Bodenkontaminierungen) sind anders zu beurteilen als jene zu baurechtswidrigen Zuständen oder zu Meldeverstößen. Deshalb werde womöglich, nach derzeitigem Kenntnisstand von Herrn Klomfaß, nicht unbedingt eine zentrale Bußgeldstelle präferiert, sondern die dezentrale Zuständigkeit je nach Fachbereich.

Herr Michalewicz möchte wissen, ob seit 2015 keine Abrechnung erfolgt ist. Herr Huber bestätigt, dass in den letzten Jahren keine erfolgt ist. Wenn man der Allgemeinen Zeitung Mainz vom 1. April 2025 glauben mag, ergänzt Herr Hemschemeier, sind das ca. 400 T€. Der Betrag der nicht abgerechneten Bußgelder wird auf mehrere Hunderttausend € geschätzt, es ist aber noch der Aufwand der Kreisverwaltung gegenzurechnen, ergänzt Herr Huber.

Ganztagsfördermaßnahmen in den Grundschulen (Seiten 16 - 18)

Aufgrund nicht vollständig erfüllter Umsetzungen der Zuwendungsbescheide ergab sich ein hoher Rückforderungsanspruch inkl. Verzinsung. Frau Groden-Kranich empfiehlt den Eigenbetrieb häufiger und genauer zu prüfen.

Kostenfreie Überlassung von Räumlichkeiten an Vereine (Seite 21)

Seitens Frau Groden-Kranich wird festgehalten, dass eine kostenfreie Überlassung von städtischen Räumlichkeiten an Vereine möglich ist, aber nicht von Bürgerhäusern, da diese nicht im unmittelbaren Eigentum der Stadt sind. Herr Kinzelbach ergänzt, dass dies teilweise auf uralten Vereinbarungen basiert, die man nicht immer nachvollziehen kann, manche davon wurden auch nicht verschriftlicht. Herr Huber wird klären, welche Räumlichkeiten derzeit kostenfrei überlassen werden, es soll auch geprüft werden, ob die Gegebenheiten, die zu dieser Entscheidung geführt haben, weiterhin bestehen.

Herr Bürgermeister Beck ergänzt, dass auch bei den Bürgerhäusern eine mietfreie Überlassung möglich ist, z. B. wenn das durch den Ortsvorsteher beantragt wird.

Reisekostenabrechnungen (Seiten 22 - 24)

Herr Rohe möchte wissen, mit welchem Reisebüro die Stadt Mainz zusammengearbeitet hat. Ergänzend wurde ihm mitgeteilt, dass das Amt 10 den Vertrag schon vor geraumer Zeit gekündigt hat. Im Hinblick auf die Abrechnung von Reisekosten führt Herr Klomfaß aus, dass die Praxis möglicherweise einem Missverständnis zuzuschreiben sein mag. So gab es jedenfalls bisher nur die Variante einer beantragten Dienstreise, im Prüfbericht wird jedoch auf angeordnete Dienstreisen abgestellt, in deren Folge die Abrechnungen wesentlich vereinfacht werden könnten und insbesondere der reguläre zentrale Rechnungseingang für eine Vielzahl der Fälle angesprochen werden könnte. Würde dem insbesondere zu den Bahnreisekosten wie auch zu den Seminargebühren wie Hotelkosten gefolgt, würde künftig zu einer Vielzahl der bisherigen Fälle vermutlich die Erstattungsthematik nicht länger aufkommen.

Verkauf und Erwerb von Liegenschaften (Seiten 25 - 26)

Seitens der Ausschussmitglieder wurde gefragt, wann die Schnittstelle fertiggestellt wird. Diese ist mittlerweile fertig und wurde bei der Erstellung des Jahresabschlusses 2024 eingesetzt, über den aktuellen Sachstand wird zu gegebener Zeit berichtet. Der Vorsitzende fragt, ob man die Grundstückserwerbe ein Jahr im Voraus planen kann. Amtsleiter Huber informiert, dass bisher jedes Jahr Erwerbe getätigt worden sind, daher ist der Ansatz für das Jahr 2025 mit 0 € unrealistisch. Herr Schwarting stellt fest, dass es unglücklich ist, wenn man über außerplanmäßige Mittelbereitstellung gehen muss.

Unvermutete Prüfungen der Stadtkasse 2024 (Seiten 27 - 29)

Herr Rosenhayn möchte wissen, wie es zu einer Doppelzahlung von ca. 1,2 Mio. € kommen konnte. Herr Mossel teilt mit, dass es sich um eine Sammelanordnung mit vielen Einzelpositionen handelt, die trotz des 4-Augenprinzips aufgrund menschlicher Fehler doppelt bearbeitet wurde, es gibt systemseitig keinen Hinweis, dass die Datei bereits verarbeitet wurde. Das Verfahren wurde inzwischen geändert.

Frau Groden-Kranich fragt, wie ein Bankkonto eröffnet werden kann und nicht im Tagesabschluss enthalten ist, was nicht geklärt werden konnte.

*Nachträgliche Ergänzung zur Erläuterung seitens des 14 – Revisionsamtes:
Es handelt sich um zwei Konten für Kassenkredite, ein Tagesgeldkonto und ein reines Guthabenkonto. Dem 14 – Revisionsamt ist unbekannt, warum diese nicht in den bisherigen Tagesabschlüssen berücksichtigt wurden. Seitens Amt 20 werde derzeit wohl geprüft, diese im IT-Finanzverfahren zu integrieren.*

Herr Mossel berichtet auf Anfrage, dass es bezüglich der digitalen Lastschriften unterschiedliche Meinungen zwischen dem 14 - Revisionsamt und dem Amt 20 gibt.

Ordnungsmäßigkeitsprüfungen im Sinne von § 112 II GemO (Seiten 41 - 42)

Wird die acht Minutenregel auch in anderen Kommunen in RLP eingehalten, möchte Herr Schwarting wissen, Frau Groden-Kranich fragt nach den möglichen Konsequenzen bei Nichteinhaltung. Herr Huber teilt mit, dass kein Vergleich vorhanden ist und bei Bedarf in Absprache mit dem Oberbürgermeister geeignete Maßnahmen erarbeitet werden.

Die Abweichung von der acht Minutenregelung stellt einen Rechtsverstoß dar. Der 37 – Feuerwehr liegen keine öffentlich zugänglichen Kennzahlen zur Einhaltung der Einsatzgrundzeiten anderen Feuerwehren in Rheinland - Pfalz vor.

Entwurf einer Dienstanweisung für Platz und Hallenwarte städtische Sportstätten (Seite 43)

Herr Schwarting stellte die Frage, ob die Hallenwarte auch für die Platzvergabe verantwortlich seien. Die Dienstanweisung befindet sich noch in Erarbeitung, gab Herr Mossel zur Kenntnis, dies ist aber nicht vorgesehen.

Jahresabschluss 2023 Zweckverband zur Erhaltung des Lennebergwaldes (Seite 54)

Herr Rosenhayn merkt an, dass die Prüfung zu vielen Feststellungen führte. Nachdem die Geschäftsführung durch einen Mitarbeiter des Amtes 20 wahrgenommen wird, wurde die Bearbeitung merklich besser, stellt Herr Huber fest.

Mögliche Missbrauchsfälle von Jugendlichen im Zeitraum 1949-1975 (Seiten 60 - 61)

Frau Groden-Kranich erkundigt sich, warum dieser Zeitraum gewählt wurde. Der betrachtete Zeitraum orientierte sich an dem Runden Tisch „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“ und dem in diesem Zusammenhang gebildeten Entschädigungsfond.

Veröffentlichung einer nicht öffentlichen Beschlussvorlage (Seite 61)

Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass es sich um eine Beschlussvorlage zur Anmietung eines Hotels handelt.

Begleitende Projektprüfung „Rathaussanierung“ (Seiten 83 - 88)

Herr Hemschemeier bittet in den Schlussbericht 2025 eine Zwischenbilanz zwischen den geplanten und den zu erwartenden Kosten der Rathaussanierung aufzunehmen. Der Rechnungsprüfungsausschuss sei das falsche Gremium dafür, so Herr Bürgermeister Beck, dies müsse im Finanzausschuss, wenn gewünscht, debattiert werden.

Punkt 6 **Eigene Prüfungen des Rechnungsprüfungsausschusses**

Frau Groden-Kranich schlägt vor, die Gebäudewirtschaft Mainz intensiver zu prüfen und Due-Diligence Prüfungen dort vorzunehmen. Es folgt eine lebhafte Diskussion, diese wird von 14 - Revisionsamt mit der Aussage beendet, dass derzeit bei dem Eigenbetrieb eine Prüfung geplant ist. Wenn diese abgeschlossen wird, wird über die Ergebnisse der Prüfung berichtet.

Punkt 7 **Verschiedenes**

Der Vorsitzende fragt, ob jemand zu diesem TOP was zu berichten hat, dies ist nicht der Fall, somit beendet er die Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:25 Uhr

gez. Brian Huck
.....
Vorsitz

gez. Kamila Dobrowolska
.....
Schriftführung

